

diese Bestimmung bis zum letzten bekämpft, sind aber überstimmt worden.

Die vielen Wünsche aus bürgerlichen Kreisen auf Verlängerung der Wartezeit konnten als gesetzliche Festlegungen ebenfalls verhindert werden. Gegenüber der bisherigen Norm treten nur zwei kleine Aenderungen ein, und zwar einmal zuungunsten der Jugendlichen unter 21 Jahren im Haushalt der Eltern von 7 auf 14 Tage und zum andern zugunsten derjenigen mit vier und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 3 Tage.

Schließlich sei noch erwähnt, daß bei Wartegeldern, Pensionen und Sozialrenten ein Betrag von monatlich 30 Mk. anrechnungsfrei bleibt. Die Rechtsparteien hatten ursprünglich alle anderweitigen Bezüge, also auch die Kriegsbeschädigtenrenten auf die Arbeitslosenunterstützung anrechnen wollen. Die Regierungsvorlage sah einen anrechnungsfreien Betrag von 15 Mk. vor, der mit Hilfe der Sozialdemokratie auf 30 Mk. heraufgesetzt werden konnte. Kriegsbeschädigtenrenten bleiben völlig anrechnungsfrei.

Die viel umstrittene Frage der Beitragserhöhung ist im neuen Gesetz noch offen gelassen worden, weil die Deutsche Volkspartei bis zum letzten Augenblick erklärt hat, daß sie dann das ganze Gesetz scheitern lassen würde. So kommen als wesentliche Ersparnisposten eigentlich nur zwei in Frage: die Kürzung des Beitrages an die Krankenversicherung (ohne Aenderung der Leistungen für die Arbeitslosen) um 30 Millionen Mark und die Ersparnis durch Beseitigung von mißbräuchlicher Inanspruchnahme der Unterstützung, die ebenfalls mit 30 Millionen Mark veranschlagt wird. Die Frage der Beitragserhöhung wird bei der Finanzreform neu aufleben; denn es fehlen im Haushaltsplan der Arbeitslosenversicherung noch immer rund 150 Millionen Mark zur Balancierung. Etwaigen Versuchen, bei der Neuaufrollung der Beitragsfrage abermals eine Diskussion über den gerade abgewehrten Unterstützungsabbau zu entfachen, würde die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Ihre Position wird dabei nicht ungünstiger sein als in dem jetzt abgeschlossenen Kampfe, weil mit Ausnahme der Volkspartei auch die übrigen Parteien erklärt haben, daß sie für eine ½prozentige Beitragserhöhung eintreten werden. Bis dahin muß die Reichskasse an die Reichsanstalt Zuschüsse leisten.

P. G.

AUS DER ARBEITERWOHLFAHRT

Tagung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt am 8. und 9. Oktober 1929 in Berlin.

Von Lotte Lemke.

Die Mitglieder des Hauptausschusses kamen am 8. und 9. Oktober in den neuen Räumen der Wohlfahrtsschule zusammen. Der ursprüngliche Plan, die Sitzung trotz des Brandunglücks auf dem Immenhof

abzuhalten, war aufgegeben worden, da es mit Rücksicht auf die Tagung der Parlamente geboten erschien, sie in Berlin stattfinden zu lassen.

Auf der Tagesordnung ständen folgende Punkte: 1. Die Lotterie 1929, 2. Geschäftsbericht, 3. Referat des Genossen Friedländer über die Reform der Fürsorgeerziehung.

Die Vorsitzende, Genossin Juchacz, eröffnete die Sitzung und erteilte dann Genossen Görlinger das Wort zu seinem Bericht über die Lotterie.

Genosse Görlinger gab eine eingehende Uebersicht über den Abschluß der vorjährigen Lotterie und die Aussichten der jetzt einsetzenden Aktion für dieses Jahr. Auf Grund der Erfahrungen, die in den Vorjahren gesammelt werden konnten, machte er Vorschläge, wie der Losvertrieb reibungsloser und sicherer gestaltet werden kann, und brachte insbesondere zwei Wünsche zum Ausdruck: erstens, daß die Bezirke die Geschäftsstelle in diesem Jahr noch mehr als im vergangenen unter allen Umständen über den Vertrieb selbst auf dem laufenden halten. Nur dann kann die Zentrale richtig disponieren und kann rechtzeitig einzelnen Bezirken, in denen der Losabsatz aus irgendwelchen Gründen nicht so gut geht, Lose wegnehmen und sie anderen Bezirken zuteilen, die noch aufnahmefähig sind. Die zweite Bitte geht dahin, daß die Bezirke diejenigen Lose, die sie nicht verkaufen können, so rechtzeitig per Eilboten als Wertpaket zurückschicken, daß sie mindestens sechs bis sieben Tage vor der Ziehung in Berlin sind. — Die Ziehung findet nicht, wie im vorigen Jahre, am 17. und 18. Dezember, sondern 18. und 19. Dezember statt. — Die Gewinnausgabe ist wieder, wie es sich bewährt hat, dezentralisiert; es sind 300 Gewinnausgabestellen vorgesehen. Die Bezirke werden gebeten, bei der Nachbestellung von Gewinnen vorsichtig zu kalkulieren, damit vermieden wird, daß die Geschäftsstelle zuviel Gewinne bestellt, die dann nicht abgesetzt werden. — Die Reklame wird über das ganze Reich von der Geschäftsstelle aus betrieben. — Zur Zeit der Lotterie wird wieder eine großzügige Vortrags- und Werbeaktion laufen; wie im Vorjahre berechtigt jedes Los zum Besuch eines öffentlichen Vortrages der Arbeiterwohlfahrt.

In der Diskussion wurde insbesondere die Frage erörtert, ob der jetzige Zeitpunkt (Kommunalwahlen) ungünstig für die Lotterieaktion sei oder nicht. Die Versammlung war sich darin einig, daß gerade diese Zeit mit ihren Versammlungen, der viel größeren Interessiertheit und Aufgeschlossenheit recht geeignet sei und daß man hoffe, auch bei der vorgenommenen Erhöhung der Loszahl um 200 000 zu einem restlosen Absatz zu kommen.

Nach einer kleinen Pause erhielt Genossin Buchrucker das Wort zum Geschäftsbericht. Sie behandelte vorweg zunächst einige organisatorische Fragen und führte aus, daß der Vertrieb der Arbeiterwohlfahrtsmarken als einer wichtigen finanziellen Quelle noch lange nicht in ausreichendem Maße überall Beachtung fände. Es hängt sehr viel davon ab, daß der Markenumsatz gesteigert wird, keinesfalls darf aber dabei herauskommen, daß der Kauf von Wohlfahrtsmarken den Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird, sie dürfen niemals die Form von Mitgliederbeiträgen annehmen; damit würden wir einem Ziele zusteuern, das wir selber nicht wollen. — Um organisatorisch den Umsatz der Arbeiterwohlfahrtsmarken zu beeinflussen und zu vereinfachen, wird dem Hauptausschuß vorgeschlagen, an Stelle der bisher üblichen 20-Pfg.-Marken eine Dreistaffelung in 20-, 50- und 100-Pfg.-Marken vor-

zunehmen und ferner ein Markenheftchen zu schaffen, dessen bisheriges Fehlen sich schon oft unliebsam bemerkbar gemacht hat. Die Neuregelung wird zum 1. Januar 1930 beginnen; der Hauptausschuß gab dazu seine Zustimmung. — Im Anschluß daran besprach Genossin Buchrucker das Abrechnungsverfahren und bemängelte die bisherige lückenhafte Berichterstattung. Um auch hier organisatorische Erleichterungen zu schaffen, seien neue Abrechnungsformulare ausgearbeitet worden, die ebenfalls ab Januar 1930 Verwendung finden sollen.

Den Geschäftsbericht leitete Genossin Buchrucker ein mit dem wichtigsten Aufgabengebiet: der Schulungs- und Fortbildungsarbeit. Sie wies mit Nachdruck darauf hin, daß es nicht zur Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt gehört, eigene Anstalten und Einrichtungen zu schaffen, aus eigenen Mitteln zu unterstützen, sondern daß auf allen diesen Gebieten die Arbeiterwohlfahrt der öffentlichen Verwaltung zuarbeiten müsse. Diese gerade und saubere wohlfahrtspolitische Linie unserer Arbeit hat zur Voraussetzung einen guten Funktionäraparat. Mit Freude ist festzustellen, daß in den neun Berichtsmonaten doch Beträchtliches auf dem Gebiet der Schulung und Fortbildung geleistet werden konnte. Es fanden in dieser Berichtszeit 18 Lehrgänge von durchschnittlich sechs- bis achttägiger Dauer statt, ferner 61 Wohlfahrtskonferenzen von in der Regel zwei- bis zweieinhalbtägiger Dauer. Für die preußischen Provinzen wurde ein Spitzenkursus abgehalten. Leider war es in diesem Jahre noch nicht möglich, einen Reichsschulungskursus einzurichten. — Alljährlich veranstaltet der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt für die Fürsorger und Fürsorgerinnen aus dem Reich ein Pfingsttreffen. In diesem Jahre fand das 4. Pfingsttreffen in Hellerau bei Dresden statt. Alle Pfingsttreffen sind immer eine sehr große Freude für die Beteiligten gewesen und auch stets erfolgreich verlaufen. Die in diesem Jahre etwas verunglückte technische Vorbereitung, die insbesondere vom Landesausschuß Sachsen bemängelt wurde, wird der Geschäftsstelle ein Anlaß sein, in Zukunft mit besonderer Aufmerksamkeit dafür zu sorgen, daß die Veranstaltung technisch reibungslos abläuft.

Große Sorgfalt wird der Hauptausschuß der Ausbildung wohlfahrtspflegerischer Kräfte zuwenden. Eine recht beträchtliche Zahl junger Menschen befinden sich zur Vorbereitung auf den künftigen Beruf in unseren Heimen und in Krankenhäusern. Diese vorbereitende Arbeit ist überaus wichtig, weil in dieser Zeit die Berufswünsche und Berufsnigungen sich klären und wir selbst ein zuverlässiges Urteil über Leistungsfähigkeit und Begabung der Schüler und Schülerinnen gewinnen können. In unserer Wohlfahrtsschule hat das zweite Schuljahr begonnen; wir haben soviel Anmeldungen gehabt, daß wir zwei neue Klassen einrichten mußten. Im Oktober n. J. machen die ersten Schülerinnen nach zweijährigem Besuch unserer Wohlfahrtsschule das staatliche Examen. — Das Wohnheim für die Schüler und Schülerinnen mußte erweitert werden und nimmt jetzt 50 Menschen auf. Alle Plätze sind bereits vergeben. Alljährlich geht an die Bezirke die Bitte, aus den Einnahmen der Lotterie nach Kräften für die Ausbildung unseres Nachwuchses beizusteuern. Diese Bitte wird für dieses Jahr wiederholt, denn bei der wachsenden Zahl der in der Ausbildung befindlichen jungen Menschen (die, da sie ausschließlich aus Arbeiterkreisen stammen, kaum selbst zu den Kosten beitragen können), werden unsere Mittel in steigendem Maße beansprucht.

Recht befriedigend ist der Bericht über das Schulungsmaterial. Unser Lehrbuch ist verkauft, die Neuauflage erscheint in den nächsten Tagen. Es ist darin die neue Gesetzgebung berücksichtigt, neue Erläuterungen sind hinzugekommen. — Auch Band 5 der kleinen Lehrbücher, dessen Herausgabe sich verzögert hat, wird nunmehr in Kürze erscheinen. Das immerhin umfangreiche Material, das der HA. in den letzten Jahren herausgegeben hat, ist fast lückenlos abgesetzt. Wir können auf unser Schulungsmaterial recht stolz sein, insbesondere ist erfreulich, daß häufig betont wird, welche Fundgrube das Referentenmaterial ist, das der HA. herausgebracht hat.

Die Zeitschrift „Arbeiterwohlfahrt“ ist als führendes Fachblatt für Fragen der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege allgemein anerkannt und geschätzt. Mit größerer Intensität muß aber überall im Reich auf die Erhöhung der Bezieherzahl hingearbeitet werden.

Genossin Buchrucker berichtete sodann über die auf besonderen Aufgabengebieten geleistete Arbeit. Sie erwähnte dabei insbesondere die Hauspflege, die (noch problematische) Durchführung der Bahnhofsmission, die Arbeit auf dem Gebiet der Strafgefangenen- und Straftatlosenfürsorge und sozialen Gerichtshilfe.

Sie teilte weiter mit, daß die Fachkommissionen des Hauptausschusses 40 Sitzungen abgehalten haben und erwähnte besonders die von der Fachkommission „Jugendwohlfahrt“ geleistete Arbeit zur Reform der Fürsorgeerziehung, die in den im Heft 10/1929 der „Arbeiterwohlfahrt“ erschienenen Richtlinien ihren Niederschlag gefunden hat.

Schließlich berichtete Genossin Buchrucker noch über die Zentralheime des HA. Das Schwarzwaldheim hat in den vier Jahren seines Bestehens eine immer lückenlose Belegung zu verzeichnen. Es steht bei den Behörden in einem guten Ruf, der uns immer wieder berechtigt, es aufrechtzuerhalten. — Der Verlust, der uns mit dem Brand des Immenhofes betroffen hat, steht zahlenmäßig noch nicht fest; er wird sehr bedeutend sein. Unter großen Schwierigkeiten haben wir es fertiggebracht, den Betrieb sicherzustellen; es sind alle Vorkehrungen getroffen worden, daß bis zum Wiederaufbau der Betrieb in pädagogischer und wirtschaftlicher Beziehung einwandfrei weiterläuft.

Zusammenfassend wies Genossin Buchrucker darauf hin, daß auch die Berichtszeit wiederum bestätigt hat, daß die Arbeit, die von der AW. geleistet wird, der Partei ungeheuren Nutzen bringt. Diesen Nutzen können wir zahlenmäßig nicht fassen; er ist aber da und er gibt uns die Berechtigung, weiter miteinander zu arbeiten und zu hoffen, daß es von Jahr zu Jahr besser wird.

Aus der sehr ausführlichen Diskussion ist hervorzuheben: die Debatte zu den eingereichten Anträgen betreffend die Fürsorgerinnenzusammenkunft in Hellerau, ferner die Zusammenarbeit mit den Arbeitersamaritern. Von Bedeutung waren die Ausführungen des Genossen Lederer zur Frage der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege.

Die Vorsitzende, Genossin Juchacz, schloß die Sitzung des ersten Tages.

Der zweite Tag brachte als einzigen Tagesordnungspunkt das Referat des Genossen Friedländer über die Reform der Fürsorgeerziehung.

Die Absicht des Referenten war, durch seinen Vortrag einen Austausch der Erfahrungen auf diesem Gebiet herbeizuführen und dabei zwei Fragen besonders herauszustellen: Erstens: Wie wirkt sich die gegenwärtige Form der Fürsorgeerziehung in der von uns kritisierten Gestalt in den einzelnen Landesteilen für die Sozialdemokratie aus? Zweitens: Ist es möglich, schon im Rahmen der gegenwärtigen Rechtslage neue Formen einer sozialen Erziehung zu finden im Sinne der Vorschläge, die die Richtlinien des Hauptausschusses bringen?

In seinem ausführlichen Vortrag gab Genosse Friedländer sodann einen Ueberblick über die Ursachen, die die jetzige Krisis der Fürsorgeerziehung herbeigeführt haben; er schilderte die historische Entwicklung der leitenden Gedanken in der Fürsorgeerziehung und kritisierte die gegenwärtige gesetzliche Regelung. Seine Ausführungen gipfelten sodann in der Forderung, daß die Fürsorgeerziehung als Sondermaßnahme abzubauen und durch die Jugendämter im Rahmen der Jugendfürsorge durchzuführen ist, in Form einer Sozialerziehung, die mit allen rechtlichen und pädagogischen Sicherungen umgeben ist. Die Richtlinien des Hauptausschusses (Heft 10/1929 der „Arbeiterwohlfahrt“) bringen zu dieser Frage eingehende Vorschläge, weshalb an dieser Stelle lediglich darauf verwiesen werden kann.

Eine weitere Forderung für die praktische Arbeit ist der Ausbau der vorhandenen guten kommunalen Anstalten. Hier liegt eine verantwortungsvolle Aufgabe unserer Stadtverordneten, Kreistagsabgeordneten und Provinzialausschußmitglieder, die insbesondere auch auf dem Gebiet der Personalpolitik in den Anstalten ihren Einfluß geltend machen müssen.

Immer im Hinblick auf die zu erwartende Aussprache zeigte Genosse Friedländer die vielen Schwierigkeiten auf, die in dieser Arbeit sich uns entgegenstellen, und die Probleme, die noch zu lösen sind und für die es kein Schema gibt. Daß aber gerade auf diesem wichtigen Gebiet der sozialistische Geist sich durchsetzt, dafür werden wir als Arbeiterwohlfahrt unsere ganze Kraft einsetzen müssen.

An den Vortrag schloß sich eine lange und fruchtbare Diskussion, in der eine Fülle interessanter Fragen angeschnitten wurden. Um nur einige allgemein interessierende Fragen herauszugreifen: es wurde bemängelt, daß die Fürsorge für junge Menschen, die in Familienfürsorgeerziehung auf dem Lande untergebracht sind, fast ausnahmslos in den Händen der örtlich zuständigen Geistlichen liegt. Es wird darauf hinzuwirken sein, daß die Arbeiterwohlfahrt in dem ihr zukommenden Umfange in diese Arbeit Eingang findet. — In den kleineren und mittleren Jugendämtern ist es notwendig, die in den Jugendamtsausschüssen sitzenden Genossen darauf hinzuweisen, daß sie verlangen, daß jeder Antrag auf Einleitung der Fürsorgeerziehung im Jugendamtsausschuß beraten wird. Jetzt ist es vielfach üblich, daß solche Anträge direkt von der Verwaltung ohne Fühlungnahme mit dem Jugendamtsausschuß bearbeitet werden, so daß unsere Vertreter keine Gelegenheit haben, Einfluß zu nehmen. — Die Richtlinien des Hauptausschusses zur Reform der Fürsorgeerziehung fanden die grundsätzliche Zustimmung der Versammlung.

Die Tagung wurde um 14 Uhr von der stellvertretenden Vorsitzenden, Genossin Ryneck, geschlossen.